



Olivier Onidi, stv. Generaldirektor für Sicherheit der GD Migration und Inneres der Europäischen Kommission, kommentiert ein Raumdokument beim dritten Mehrpräsidentschaften-Treffen.



Innenminister Herbert Kickl mit Generalsekretär Mag. Peter Goldgruber (links) und Gruppenleiter Dr. Wilhelm Sandrisser (rechts) bei der Konferenz am 12./13. April 2018.

Bürgernahe EU-Sicherheitsunion

Ministerinnen und Minister aus 14 Ländern beschlossen am 12./13. April 2018 in Wien, im Rahmen des „Wiener Prozesses“ zusammen mit EU-Ratspräsidentschaften und Ländern des „Forum Salzburgs“ ein „Wiener Programm“ für eine bürgernahe, krisenfeste und zukunftsfähige EU-Sicherheitsunion zu erarbeiten.

Wir haben heute den Wiener Prozess auf politischer Ebene gestartet und wollen gemeinsam auf eine bürgernahe, krisenfeste und zukunftsfähige EU-Sicherheitsunion hinarbeiten“, sagte Innenminister Herbert Kickl am 13. April 2018 in Wien im Zuge der „Forum-Salzburg-Wiener-Prozess-Ministerinnen- und Ministerkonferenz“ in Wien. „Um das Vertrauen in die europäische Zusammenarbeit zurückzugewinnen, braucht es mehr Bürgernähe und konkrete Lösungen für die Probleme der Menschen. Mit dem Wiener Prozess wollen und können wir das erreichen“, betonte der Minister.

In diesem neuen Format trafen erstmals auf politischer Ebene Vertreterinnen und Vertreter von EU-Mitgliedstaaten, die vom zweiten Halbjahr 2016 bis zum zweiten Halbjahr 2022 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehaben, mit mitteleuropäischen Partnern aus dem „Forum Salzburg“ zusammen.

Das „Forum Salzburg“ ist eine von Österreich im Jahr 2000 initiierte mitteleuropäische Sicherheitspartnerschaft von Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Österreich. „Insgesamt binden wir vierzehn Länder sowie Expertinnen und Experten in den Mehr-Präsidentschaften-Ansatz ein, was völlig neu ist“, sagte Kickl. Bei der Konferenz vertreten waren auch die Europäische

Kommission, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX), das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), der EU-Anti-Terrorismus-Koordinator und das Internationale Zentrum für Migrationspolitikentwicklung (ICMPD).

Deklaration. Die Ministerinnen und Minister nahmen eine gemeinsame Deklaration an. In Zukunft wollen sie im „Wiener Prozess“ eng kooperieren. Das Ziel ist eine möglichst bürgernahe, krisenfeste und zukunftsfähige EU-Sicherheitsunion. Dabei werden sie abgestimmt vorgehen, gemeinsam mit der Europäischen Kommission, EU-Agenturen, anderen relevanten Partnerinnen und Partnern sowie unter Einbindung von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft. „Ziel des Wiener Prozesses ist die gemeinsame Entwicklung nachhaltiger Lösungen über den jeweiligen eigenen Vorsitz und die Trio-Präsidentschaften hinaus“, sagte Dr. Wilhelm Sandrisser, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll).

Fünf Schlüsselherausforderungen. Gemeinsam wollen die Ministerinnen und Minister für eine leistungsfähige Sicherheitsunion 2020/2025 zunächst den EU-Außengrenzschutz stärken. Eng verbunden mit dieser Herausforderung

ist die Schaffung eines krisenfesten EU-Asylsystems. Außerdem soll gewaltsamem Extremismus und Terrorismus der Nährboden entzogen werden. Zudem soll die europäische Polizeikooperation gestärkt werden, insbesondere bei der Bekämpfung von Menschenhandel und Schlepperei sowie bei der Umsetzung von „Community Policing“. Eine weitere Herausforderung ist die Gewährleistung der digitalen Sicherheit.

Mit diesen fünf Schlüsselherausforderungen eng verbunden sind vier Querschnittsthemen. Insbesondere für die Stärkung des EU-Außengrenzschatzes und die Schaffung eines krisenfesten EU-Asylsystems ist die Zusammenarbeit mit Drittstaaten sowie die Kooperation zwischen innerer und äußerer Sicherheit wichtig. Europäische Werte sollen gefördert und geschützt werden, nicht zuletzt, um Extremismus und Terrorismus den Boden zu entziehen. Für alle Herausforderungen von Bedeutung ist die Integrität in der EU und den Mitgliedstaaten (Staat, Verwaltung, Gesellschaft).

EU-Außengrenzschatz und Asylsystem stärken. Richtungsentscheidend für eine EU-Sicherheitsunion werden die Stärkung des EU-Außengrenzschatzes sowie die Arbeit an einem krisenfesten EU-Asylsystem sein. Diese hängen eng miteinander zusammen. Ein wirksamer



Bei der „Forum-Salzburg-Wiener-Prozess-Ministerinnen- und Ministerkonferenz“ am 12./13. April 2018 in Wien wurde durch Annahme einer Deklaration der „Wiener Prozess“ gestartet.

und lückenloser EU-Außengrenzschutz sowie eine gute Zusammenarbeit mit Drittstaaten ist eine Vorbedingung für ein gemeinsames EU-Asyl- und Migrationssystem.

Zum Thema Außengrenzschutz gebe es sehr viel Übereinstimmung in der EU und Erwartungen in der Bevölkerung. „Hier müssen wir daher solidarisch zusammenarbeiten“, sagte Innenminister Kickl bei der Konferenz. Damit könne und müsse dem Gefühl entgegen gewirkt werden, das bei vielen Menschen aufgrund der Migrationskrise entstanden sei, nämlich das eines „Kontroll- und Steuerungsverlustes“ auf politischer Ebene.

Österreich präsentierte dazu im Rahmen der Konferenz Überlegungen für ein künftiges europäisches Schutzsystem („Future European Protection System“ – FEPS). Das jetzige Asylsystem passe nicht mehr zu den aktuellen Rahmenbedingungen.

Künftig müsse möglichst direkt in Herkunftsregionen verstärkt Schutz angeboten werden. „Für Menschen von außerhalb Europas sollte es demnach keine Asylantragsstellung auf europäischem Boden mehr geben“, erläuterte der Innenminister.

Nährboden für Extremismus und Terrorismus entziehen. Terroristinnen und Terroristen und rückkehrende Foreign

Terrorist Fighters kommen über die EU-Außengrenze in die Union. Auch Gefängnisse, Moscheen und das Internet sind Nährböden für Extremismus und Terrorismus. Dort breiten sich extremistische Ideologien besorgniserregend aus. Diese bedrohen unsere Freiheiten, unsere Lebensweise und letztlich unsere Sicherheit. Der politische Islam und Antisemitismus sind in diesem Zusammenhang derzeit die größten Herausforderungen. Reaktionen auf begangene sowie Prävention von zukünftigen Anschlägen reichen längst nicht mehr aus, um Extremismus und Terrorismus den Nährboden zu entziehen.

Primäres Ziel sollte deshalb der verstärkte Schutz und die proaktive Förderung der Werte sein, auf denen die Union gründet. Diese bilden die Grundlagen für ein Zusammenleben in Freiheit und Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und sozialen Frieden.

Europäische Polizeikooperation stärken. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit von Strafverfolgungsbehörden in der EU verändern sich zunehmend. Europäische Gesellschaften werden bunter und vielfältiger und damit auch widersprüchlicher, unruhiger und anfälliger für Bedrohungen. Die Verunsicherung nimmt zu, das Sicherheitsgefühl ab. Junge Menschen glauben nicht mehr an eine Zukunft in ihrer Gesellschaft. Ihre

Ohnmacht schlägt in Wut um, sie laufen Gefahr, sich zu radikalisieren. Außerdem grenzen sich verunsicherte Bürgerinnen und Bürger aus Angst vor Veränderungen ab. Die Angst kann zu Wut werden. Der Wut von vielen wird in unterschiedlicher Form Luft gemacht, im Internet oder auf der Straße. Das Miteinander weicht dem Gegeneinander. Damit steigt der Bedarf an einem offenen Dialog auf Augenhöhe mit der Polizei. Je früher und gezielter dieser erfolgt, desto eher besteht die Chance, Rahmenbedingungen für ein gutes, sicheres Zusammenleben gemeinsam mitzugestalten. „Community Policing“ eröffnet Möglichkeiten zu einem solchen strukturierten Dialog.

Digitale Sicherheit gewährleisten.

Die digitale Revolution beeinflusst mehr und mehr alle Lebensbereiche. Digitale Technologien bedeuten neue Chancen und Verletzbarkeiten. Diese betreffen nicht nur unsere Cybersicherheit, sondern Freiheit und Sicherheit in der digitalen Welt insgesamt. Soziale Medien werden genutzt, um Ideologien zu verbreiten, die gegen europäische Werte gerichtet sind. Aufgrund personalisierter Informationen entstehen „Filterblasen“ um einzelne Userinnen und User. Durch Steuerung von menschlichem Verhalten (z. B. Fake News) werden Entscheidungen gezielt beeinflusst,



Im Rahmen des dritten Mehrpräsidenten-Treffens am 5./6. April 2018 in Wien wurden Raumdokumente zu den fünf Schlüsselherausforderungen für eine Sicherheitsunion 2020/2025 diskutiert.

etwa bei Wahlen oder Referenden. Aufgrund dieser neuen Herausforderungen braucht es einen neuen, breiteren EU-Policy-Ansatz, der die digitale Welt insgesamt berücksichtigt. Letztlich können alle digitalen Produkte und Dienstleistungen auch Relevanz für unsere Sicherheit erlangen.

„Wiener Prozess“ und „Wiener Programm“. Im „Wiener Prozess“ soll unter der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft ein „Wiener Programm“ erarbeitet werden, um Eckpunkte und den weiteren Weg in Richtung einer bürger-nahen, krisenfesten und zukunftsfähigen Sicherheitsunion zu definieren.

Das „Wiener Programm“ wiederum könnte in eine integrierte Strategie der inneren Sicherheit münden. Diese sollte alle sicherheitsrelevanten Themen in einer Zusammenschau behandeln. Sie sollte von allen relevanten Akteurinnen und Akteuren gemeinsam entwickelt werden. Nur dann wird auch ihre Umsetzung von allen getragen werden. Bezug genommen wird mit dem „Wiener Programm“ auch auf die Verabschie-

dung des „Wiener Aktionsplans“ vor 20 Jahren sowie auf Arbeiten zur EU-Sicherheitsarchitektur und der „Partnerschaft für die Sicherheit“ mit Drittstaaten während der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft 2006.

Mehrpräsidenten-Ansatz. Die Grundlagen für die Diskussion der Ministerinnen und Minister bei der Konferenz am 12./13. April wurden beim mittlerweile dritten Mehrpräsidenten-Treffen am 5./6. April 2018 erarbeitet. In Workshops diskutierten hochrangige Beamtinnen und Beamte Raumdokumente zu den fünf Schlüsselherausforderungen für eine Sicherheitsunion 2020/2025. Außerdem bereiteten sie Fragen für die Diskussion der Ministerinnen und Minister vor.

Diese fünf Schlüsselherausforderungen sowie die vier Querschnittsthemen wurden bei den ersten beiden Mehrpräsidenten-Treffen am 24./25. Juli und 18./19. Dezember 2017 in Wien identifiziert. In dieser ersten Phase des „Wiener Prozesses“ nahmen hochrangige Beamtinnen und Beamte aus den

EU-Vorsitzländern von 2016 bis 2020 teil, das sind Slowakei, Malta, Estland, Bulgarien, Österreich, Rumänien, Finnland, Kroatien und Deutschland. Seit der zweiten Phase und dem dritten hochrangigen Treffen werden auch EU-Vorsitze bis 2022, also Portugal, Slowenien, Frankreich und die Tschechische Republik sowie die weiteren Partner aus dem „Forum Salzburg“, Polen und Ungarn, eingebunden.

Vertreten bei den Mehrpräsidenten-Treffen waren auch die Europäische Kommission (EK), das Europäische Parlament (EP), das Generalsekretariat des Rates und EU-Agenturen wie der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), die Grundrechteagentur, Frontex, EASO, der Anti-Terrorismus-Koordinator der EU Gilles de Kerchove und die Koordinatorin der EK zur Bekämpfung von Antisemitismus Katharina von Schnurbein. Die Treffen im „Wiener Prozess“ werden von renommierten Expertinnen und Experten begleitet, wie Joachim Bitterlich, dem langjährigen Berater des früheren deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl. *Florian Hahn*